

Zur sozialistischen Umgestaltung in der DDR*)

Im Jahre 1949/50 stand die SED vor der verantwortungsvollen Aufgabe, die Grundfrage der sozialistischen Revolution — die Frage der Macht — in unserem Lande einer endgültigen Entscheidung zuzuführen.

Dank den großen Anstrengungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten waren in der sowjetischen Besatzungszone besonders mit der Inangriffnahme des Zweijahrplanes (vgl. Konsultation „Neuer Weg“ 7/1979) die Elemente des Sozialismus auf politischem, ökonomischem und geistig-kulturellem Gebiet weiter

erstarkt. Hieraus ergab sich mit historischer Konsequenz, die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in die sozialistische Revolution hinüberzuleiten. Es galt, den nach der Befreiung vom Faschismus in der sowjetischen Besatzungszone eingeleiteten revolutionären Umwälzungsprozeß weiterzuführen und so zur Festigung der internationalen Position des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens beizutragen. Dazu war es unerlässlich geworden, eine starke zentrale Staatsmacht der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern zu schaffen.

Gründung der DDR—Wende in der deutschen Geschichte

Die Errichtung einer solchen Staatsmacht war auch die einzig mögliche Antwort auf die konterrevolutionären und antisozialistischen Ziele des Weltimperialismus und des Monopolkapitals in der BRD. Mit Unterstützung des Imperialismus der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie mit aktiver Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer hatte die Monopolbourgeoisie in den Westzonen den reaktionären Separatstaat, die BRD, aus der Taufe gehoben. Die BRD entstand erklärtermaßen als Speerspitze gegen den Sozialismus.

In ihrer Politik war die SED stets davon ausgegangen, daß der Aufbau des Sozialismus die

Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse voraussetzt. Bereits in ihren Grundsätzen und Zielen — beschlossen vom I. Parteitag 1946 — hatte sie diese von Marx, Engels und Lenin begründete allgemeine Gesetzmäßigkeit verankert.

Als die SED im Herbst 1949 in ihren Reihen und gemeinsam mit den anderen Blockparteien die erforderlichen Maßnahmen für die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik beriet, tat sie dies mit dem Ziel, eine starke zentrale Staatsmacht der Arbeiter im Bündnis mit den Bauern und anderen Werktätigen zu schaffen. Entsprechend den Beschlüssen der 22. Tagung des Parteivorstan-

des (4. Oktober 1949) trat die Partei mit den anderen Kräften des Demokratischen Blocks in Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Nationalen Front ein. Die Repräsentanten von CDU, DBD, LDPD und NDPD gaben den Vorschlägen der Partei der Arbeiterklasse ihre Zustimmung und erklärten sich bereit, in einer von der SED geführten Regierung mitzuarbeiten. Das war ein Ergebnis der bewährten Bündnispolitik der SED.

Gestützt auf den Willen der Mehrheit der Werktätigen, entwickelte die SED die außerparlamentarische Bewegung des Deutschen Volkskongresses zu der Bewegung für die Schaffung des Arbeiter-und-Bauern-Staates. Das Führungsorgan des Deutschen Volkskongresses, der Deutsche Volksrat, konstituierte sich auf Antrag der SED, der anderen Blockparteien und der Massenorganisationen am 7. Oktober 1949 zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Die vom 3. Deutschen Volkskongreß (29./30. Mai 1949) bestätigte Verfassung wurde in Kraft gesetzt. Damit war der historische Akt der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen.

Diesen tiefen, mit den objektiven Gesetzen des gesellschaftlichen Fortschritts übereinstimmenden geschichtlichen Einschnitt charakterisierte Wilhelm Pieck in seiner Antrittsrede als Präsident am 11. Oktober 1949: „Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte. Dank der unermüdllichen Arbeit der besten Kräfte des deutschen Volkes und dank der großen Hilfe,

*) Zum Parteilehrjahr, Zirkel zum Studium der Geschichte der SED, Thema 9